

Allgemeine Mandatsbedingungen der Michalski Hüttermann & Partner Patentanwälte mbB

1. Geltungsbereich

Die Michalski Hüttermann & Partner Patentanwälte mbB (im Folgenden: MHP) wird für alle bestehenden und zukünftigen Verträgen zwischen MHP und dem Auftraggeber (im Folgenden MANDANT), die eine rechtliche Beratung und/oder Vertretung zum Gegenstand haben (im Folgenden: MANDAT) auf Grundlage dieser Mandatsbedingungen tätig, sofern nicht im Einzelfall eine abweichende Regelung schriftlich vereinbart wurde oder gesetzlich vorgesehen ist. Eine Beauftragung eines Partners von MHP oder einer für MHP tätigen Person über einen für geschäftliche Kommunikation von MHP vorgesehenen Kommunikationskanal stellt eine Erteilung des MANDATS für MHP dar. Eine Erteilung des MANDATS an eine bestimmte Einzelperson ist grundsätzlich nicht vorgesehen, wobei MHP sich bemüht dem explizit geäußerten Wunsch des MANDANTS das MANDAT durch eine bestimmte Einzelperson im Namen und auf Rechnung von MHP zu bearbeiten unter Berücksichtigung der diese Einzelperson betreffenden aktuellen Umstände zu entsprechen.

2. Umfang und Ausführung des Mandats

2.1 Gegenstand des Mandats ist die vereinbarte Leistung. MHP schuldet ein Bemühen, nicht einen bestimmten wirtschaftlichen oder rechtlichen Erfolg.

2.2 MHP und die für MHP tätigen Anwälte erbringen ihre Leistung unabhängig und nach den Grundsätzen der ordnungsgemäßen Berufsausübung.

2.3 Die Leistung erfolgt auf Grundlage des vom MANDANTEN mitgeteilten Sachverhalts und des aktuell geltenden Rechts. MHP ist nicht verpflichtet den MANDANTEN über einen erst nach Abschluss einer für das MANDAT erbrachten Leistung zur Kenntnis gelangten weiteren Sachverhalt oder eine sich geänderte Rechtslage zu informieren oder über sich daraus ergebene Folgerungen hinzuweisen.

2.4 MHP und die für MHP tätigen Anwälte beraten zum deutschen Recht und des in Deutschland geltenden Rechts der Europäischen Union, sofern nichts anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart wurde. Die für MHP tätigen Patentanwälte beraten nur im nach § 3 Patentanwaltsordnung definierten Umfang. Darüber hinausgehende Äußerungen eines Patentanwalts, insbesondere zum Gesetz über den unlauteren Wettbewerb (UWG), Kartellrecht, Vertragsrecht, Steuerrecht, Strafrecht, ausländisches nationales Recht, stellen keine Rechtsberatung dar, sondern dienen nur dem Zweck weitere rechtliche Handlungsoptionen aufzuzeigen, deren rechtliche Beurteilung unter dem Vorbehalt einer durch den MANDANT ausdrücklich gewünschten Prüfung durch einen für das entsprechende Rechtsgebiet für die Rechtsberatung berechtigten Anwalt steht.

2.5 MHP ist berechtigt, zur Ausführung des MANDATs sachkundige Mitarbeiter und fachkundige Dritte, insbesondere ausländische Korrespondenzanwälte und freie Mitarbeiter, heranzuziehen, soweit diese ebenfalls auf die berufsständische Verschwiegenheit verpflichtet wurden.

3. Aufklärungs- und Informationspflicht

3.1 Der MANDANT wird MHP und die für MHP tätigen Personen rechtzeitig im vornherein umfassend und vollständig informieren sowie angefragte Informationen und Entscheidungen soweit rechtzeitig übermitteln, dass eine ordnungsgemäße

Leistung in einem adäquaten Umfang durch MHP und ggf. zugezogener Korrespondenzanwälte rechtzeitig innerhalb einer gesetzten Frist erbracht werden kann. Nachträgliche Änderungen oder Entwicklungen der Sachlage hat der Auftraggeber umgehend MHP mitzuteilen.

3.2 Der MANDANT wird MHP über seine aktuelle Postanschrift und sonstige Kommunikationsmittel unterrichten, damit er für MHP erreichbar ist. Dies gilt insbesondere über die gesamte Dauer eines von MHP vertretenen anhängigen Schutzrechts des MANDANTS. MHP übernimmt keine Haftung, wenn in Ermangelung einer bekannten Postanschrift eine Weisung zur Aufrechterhaltung eines Schutzrechts nicht rechtzeitig eingeholt werden kann.

3.3 Falls von dem MANDANT nicht rechtzeitig innerhalb einer nicht mehr verlängerbaren Frist eine erforderliche Information oder Weisung eingeholt werden kann, kann MHP nach billigem Ermessen, insbesondere auf Basis einer vermuteten Interessenlage des MANDANTEN, tätig werden.

3.4. Der MANDANT teilt, soweit erforderlich, seine Umsatzsteuer-Identifikationsnummer MHP unverzüglich mit und ist damit einverstanden, dass diese gegenüber Finanzbehörden in Deutschland mitgeteilt wird.

4. Vergütung

4.1 Sofern keine anders lautende Vergütungsabrede über Honorare, Auslagen und Gebühren (Vergütung) getroffen ist, bemisst sich das Honorar des Anwalts auf Grundlage eines Stundensatzes für jede angefangene 1/4h, dessen Höhe durch MHP auf Grundlage der Schwierigkeit, dem Umfang und der wirtschaftlichen Bedeutung der Sache nach billigem Ermessen bestimmt wird. In streitigen Verfahren entspricht die Vergütung mindestens der Vergütung nach dem Gesetz über die Vergütung von Rechtsanwälten (RVG).

4.2 MHP ist berechtigt die Tätigkeit in einem MANDAT von der Bezahlung eines für die voraussichtliche Vergütungen für diese Tätigkeit verlangten angemessenen Vorschusses abhängig zu machen, sofern dies nicht zur Unzeit erfolgt.

4.3 Sofern in der Rechnung nicht anders angegeben, ist die Vergütung sofort nach Zugang der Rechnung fällig. 30 Tage nach Fälligkeit ist MHP berechtigt Verzugszinsen zu verlangen. Die Bezahlung der Rechnung erfolgt grundsätzlich unbar.

4.4 MHP ist berechtigt Gelder und Geldwerte für den MANDANT in Empfang zu nehmen und, soweit nicht zweckgebunden, hieraus Vergütungsansprüche auch aus anderen MANDATEN des MANDANTS zu befriedigen. Eine Aufrechnung des MANDANTS gegenüber Forderungen von MHP ist nur zulässig, soweit die Forderung des MANDANTEN unbestritten oder rechtskräftig festgestellt ist.

4.5 Wenn MHP in demselben MANDAT für mehrere MANDANTEN gemeinsam tätig ist, schulden die Mandanten die Vergütung als Gesamtschuldner, sofern vor Annahme des MANDATS nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart wurde.

5. Haftung und Haftungsbeschränkung

5.1 Für Verbindlichkeiten aus Schäden wegen fehlerhafter Berufsausübung haftet nur das MHP Gesellschaftsvermögen. Eine darüber hinausgehende Haftung der für MHP tätigen einzelnen Anwälte ist nicht gegeben, soweit diese im Rahmen

ihrer Tätigkeit für MHP handeln. Die Haftung ist für Fälle einfacher Fahrlässigkeit auf 10.000.000 EUR (in Worten: zehn Millionen) für jedes einzelne MANDAT begrenzt, wobei MHP eine Berufshaftpflichtversicherung mit einer entsprechenden Mindestdeckung unterhält. Die Haftungsbeschränkung erfasst sämtliche Schäden wegen fehlerhafter Berufsausübung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder mehreren Jahren entstanden sind. Die Haftungsbeschränkung gilt nicht bei grober Fahrlässigkeit durch einen Anwalt oder schuldhaft verursachten Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit einer Person.

5.2. Auf Wunsch des MANDANTEN kann MHP für den Einzelfall eine Versicherung in einer von dem MANDANTEN gewünschter Höhe abschließen und die Höhe die Haftungsbeschränkung auf diesen Betrag anheben. Der MANDANT trägt die damit verbundenen Kosten.

5.3 MHP übernimmt keine Haftung für durch Kooperationspartner verursachte Schäden, sofern diese hierbei nicht als Erfüllungsgehilfen für MHP tätig geworden sind. Bei der Beauftragung eines Korrespondenzanwalts mit der Geschäftsbesorgung für den MANDANTEN durch MHP ist dieser nicht Erfüllungsgehilfe für MHP, sondern Vertragspartner des MANDANTEN.

5.4 Ein Schadensersatzanspruch kann gegenüber MHP nur innerhalb einer Ausschlussfrist von einem Jahr geltend gemacht werden, nachdem der MANDANT von dem Schaden und dem anspruchsbegründenden Ereignis Kenntnis erlangt hat, spätestens aber innerhalb von fünf Jahren nach dem anspruchsbegründenden Ereignis, es sei denn, das Fristversäumnis ist unverschuldet. Der Anspruch erlischt, wenn nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten seit der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der MANDANT auf diese Folge hingewiesen wurde. Das Recht, die Einrede der Verjährung zu erheben, bleibt unberührt.

6. Datenschutz

Es gelten die als separate Anlage beigefügten Datenverarbeitungshinweise und beim Besuch der Webseiten von MHP die Datenschutzerklärung in der jeweils aktuellen Fassung, die unter www.mhpatent.net/de/sicherheit abgerufen werden kann.

7. Anzuwendendes Recht, Erfüllungsort und Gerichtsstand

7.1. Für das Mandatsverhältnis gilt ausschließlich deutsches Recht unter Ausschluss des deutschen Internationalen Privatrechts.

7.2. Erfüllungsort für sämtliche das Mandatsverhältnis betreffenden Leistungen und ausschließlicher örtlicher sowie internationaler Gerichtsstand für sämtliche Rechtsstreitigkeiten aus dem Mandatsverhältnis sind der Ort der jeweiligen Zweigniederlassung von MHP.

8. Sonstiges

8.1 Falls einzelne Bestimmungen dieser Mandatsbedingungen unwirksam sein oder werden sollten, wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen dadurch nicht berührt. Die unwirksame Bestimmung ist durch eine gültige zu ersetzen, die dem angestrebten Ziel möglichst nahe kommt.

8.2 Änderungen oder Ergänzungen dieser Bedingungen bedürfen der Schriftform und müssen als solche ausdrücklich gekennzeichnet sein. Dies gilt auch für die Aufhebung der Schriftform.

8.3 Die Verwendung rein männlicher Formulierungen gilt für weibliche und diverse Personen entsprechend und wurde nur zur vereinfachten Lesbarkeit gewählt.

Mit den vorstehenden Allgemeinen Mandatsbedingungen bin ich / sind wir einverstanden,

(Ort, Datum)

(Unterschrift, Funktion)

Anlage

Datenverarbeitungshinweise

Hinweise zur Datenverarbeitung

1. Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen sowie des betrieblichen Datenschutzbeauftragten

Diese Datenschutzhinweise gelten für die Datenverarbeitung durch:

Verantwortlicher: Michalski Hüttermann & Partner Patentanwälte mbB (im Folgenden: MHpatent), Speditionstr. 21, D-40221 Düsseldorf, Deutschland Email: info@mhpatent.de Telefon: +49 (0)211 – 159 249 0 Fax: +49 (0)211 – 159 249 20

Betrieblicher Datenschutzbeauftragter: Klaus Pampuch

Der/die betriebliche Datenschutzbeauftragte von MHpatent ist unter der o.g. Anschrift beziehungsweise Datenschutz@mhpatent.de erreichbar.

2. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie Art und Zweck und deren Verwendung

Wenn Sie uns mandatieren, erheben wir folgende Informationen:

- Anrede, Vorname, Nachname,
- eine gültige E-Mail-Adresse,
- Anschrift,
- Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk)
- Informationen, die für die Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen des Mandats notwendig sind
- weitere uns von Ihnen unverlangt zur Verfügung gestellten organisatorischen Informationen, beispielsweise Personalnummer, Abteilung im Unternehmen, Stellung, Organfunktion, Titel

Die Erhebung dieser Daten erfolgt,

- um Sie als unseren Mandanten oder Ansprechpartner unseres Mandanten identifizieren zu können;
- um Sie angemessen anwaltlich beraten und vertreten zu können;
- um Sie über aktuelle Änderungen und Entwicklungen im gewerblichen Rechtsschutz informieren zu können;
- zur Korrespondenz mit Ihnen;
- zur Rechnungsstellung;
- zur Prüfung von Interessenkonflikten;
- zur Abwicklung von evtl. vorliegenden Haftungsansprüchen sowie der Geltendmachung etwaiger Ansprüche gegen Sie;

Wenn dies zur Erfüllung des Mandats erforderlich ist, erheben wir zusätzlich die folgenden Informationen über die beteiligten Schöpfer geistigen Eigentums:

- Anrede, Vorname, Nachname,
- eine gültige E-Mail-Adresse,
- Anschrift,
- Telefonnummer (Festnetz und/oder Mobilfunk)
- Informationen, die für die Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen des Mandats notwendig sind

- weitere uns von Ihnen unverlangt zur Verfügung gestellten organisatorischen Informationen, beispielsweise Personalnummer, Abteilung im Unternehmen, Stellung, Organfunktion, Titel

Die Erhebung dieser Daten erfolgt,

- um gesetzlichen Anforderungen zur Benennung Schöpfern geistigen Eigentums nachkommen und dokumentieren zu können,
- Sie angemessen anwaltlich beraten und vertreten zu können;
- zur Prüfung von Interessenkonflikten;
- zur Abwicklung von evtl. vorliegenden Haftungsansprüchen sowie der Geltendmachung etwaiger Ansprüche gegen Sie.

Die Datenverarbeitung erfolgt auf Ihre Anfrage hin und ist nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO zu den genannten Zwecken für die angemessene Bearbeitung des Mandats und für die beidseitige Erfüllung von Verpflichtungen aus dem Mandatsvertrag erforderlich.

Die für die Mandatierung von uns erhobenen personenbezogenen Daten werden mindestens bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht für Anwälte (6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde,) gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass wir nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (aus HGB, StGB oder AO) zu einer längeren Speicherung verpflichtet sind, eine Verjährung von Schadensersatzansprüchen aus dem Mandat gem. §199 Abs. 3, Nr. 2 BGB erst nach 30 Jahren grundsätzlich noch möglich ist oder Sie in eine darüber hinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt haben.

3. Weitergabe von Daten an Dritte

Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt.

Soweit dies nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO für die Abwicklung von Mandatsverhältnissen mit Ihnen erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten an Dritte weitergegeben. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an Behörden und Institutionen des gewerblichen Rechtsschutzes, zur Abwicklung des Mandats bestellte Korrespondenzanwälte im In- und Ausland, Verfahrensgegner und deren Vertreter (insbesondere deren Patentanwälte und Rechtsanwälte) sowie Gerichte und andere öffentliche Behörden zum Zwecke der Korrespondenz sowie zur Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte. Die weitergegebenen Daten dürfen von dem Dritten ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden.

Diese personenbezogenen Daten werden wir, wenn und soweit es erforderlich ist, gem. Art. 49 Abs. 1, lit. a, b, c, e DSGVO, Art. 45 Abs. 1 DSGVO, Art. 46 Abs. 2 lit. c DSGVO an die zuständigen Behörden oder Institutionen des gewerblichen Rechtsschutzes und zur Abwicklung des Mandats bestellten Korrespondenzanwälten im Ausland weitergeben, wobei hierbei die personenbezogene Daten unter Umständen in ein Drittland übermittelt werden können, für das kein Angemessenheitsbeschluss der Kommission gem. Art. 45 DSGVO oder angemessene Garantien gem. Art. 46 DSGVO vorliegen.

Das Anwaltsgeheimnis bleibt unberührt. Soweit es sich um Daten handelt, die dem Anwaltsgeheimnis unterliegen, erfolgt eine Weitergabe an Dritte nur in Absprache mit Ihnen.

4. Betroffenenrechte

Sie haben das Recht:

- gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO Ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber uns zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen;
- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Sie Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft ihrer Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangen;
- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen;
- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist;
- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben;
- gemäß Art. 20 DSGVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen und
- gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können Sie sich hierfür an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder unseres Kanzleisitzes wenden.

5. Widerspruchsrecht

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben.

Möchten Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen, genügt eine E-Mail an Datenschutz@mhpatent.de

6. Aktualität und Änderung dieser Datenverarbeitungshinweise

Diese Datenverarbeitungshinweise sind aktuell gültig und haben den Stand Oktober 2020.

Durch die Weiterentwicklung unserer Arbeitsprozesse und Angebote oder aufgrund geänderter gesetzlicher beziehungsweise behördlicher Vorgaben kann es notwendig werden, diese Datenverarbeitungshinweise zu ändern. Die jeweils aktuellen Datenverarbeitungshinweise können jederzeit auf unserer Website unter www.mhpatent.net/de/sicherheit von Ihnen abgerufen und ausgedruckt werden.